

FORUM

JUGENDHILFE

FORUM Jugendhilfe

Heft 4/2004

4 €

A 12765

■ Aus dem Inhalt

- Jugendamt der Zukunft
- Jugendstrafvollzug
- OECD Länderbericht
- Hartz IV

AGJ



„Nichts bleibt, wie es ist“ – Der demographische Wandel und die Jugendhilfe

Susanne Tatje, Stadt Bielefeld/Demographische Entwicklungsplanung

Die Medienpräsenz des Themas „demographischer Wandel“ ist gewaltig – keine Talk-Show oder politische Sendung ohne den „demographischen Faktor“. Aber die „wirkliche“ Dynamik der demographischen Entwicklung mit den Folgen und Auswirkungen auf unsere Städte und Gemeinden ist weitgehend unbekannt, das Ausmaß der zu erwartenden Schrumpfung, die Bedeutung für das Leben der Menschen werden noch immer unterschätzt. Die aktuelle Diskussion beschränkt sich auf die Fragen der „demographischen Alterung“ mit ihren Folgen – Horrorszenarien wie „vergreiste Gesellschaft“ oder „demographische Zeitbombe“ werden heraufbeschworen. Eine „positive Leitbildentwicklung“ zur Gestaltung des demographischen Wandels ist selten.¹

Jetzt ist die Diskussion um den „demographischen Wandel“ auch in der Jugendhilfe „angekommen“ und wurde – öffentlicher

als bisher – beispielsweise auf dem Jugendhilfetag 2004 in Osnabrück aufgegriffen. An der inhaltlichen Ausgestaltung der Veranstaltungen zu diesem Themenkomplex wurde deutlich, dass das Thema „demographischer Wandel“ innerhalb der Jugendhilfe Bedeutung erlangt hat. Welcher Begriff von „demographischem Wandel“ verwendet wird und welche Bedeutung der demographische Wandel für die Jugendhilfe haben wird, blieben allerdings offen.

Was ist „Demographischer Wandel“?

Die Bevölkerungswissenschaft definiert „demographischen Wandel“ als „langen generationenübergreifenden Zeitraum“, wobei eine Generation mit ca. 30 Jahren angegeben wird.

Die Wissenschaftler haben schon lange vor den Folgen des Bevölkerungsrückgangs ge-

warnt, denn die demographische Entwicklung moderner Wohlfahrtsstaaten ist lange im Voraus sichtbar. Bei uns liegen die Zahlen seit Anfang der siebziger Jahre vor, und schon damals wurde deutlich: Wenn die Geborenenzahl zum Generationenersatz nicht ausreicht, kommt es zum Geburtenrückgang. Und dieser wird sich dann beschleunigen, wenn die geburtenschwachen Jahrgänge 25 Jahre später eine zahlenmäßig deutlich verringerte Müttergeneration „hervorbringen“, deren Nachwuchs sich wiederum verringert.

Mittlerweile haben Politik und Verwaltung² erkannt, dass die Geburten- und Bevölkerungsentwicklung tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen nach sich zieht.

² So hat der Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld Eberhard David seit April 2004 in seinem Dezernat eine Stabstelle „Projektbeauftragte Demographische Entwicklungsplanung“ eingerichtet; vgl. zu Aufgabenbeschreibung und Kompetenzen www.bielefeld.de

¹ Vgl. hierzu die „Aktion demographischer Wandel“ der Bertelsmann Stiftung; www.aktion2050.de



Was ist „Demographischer Wandel“?

sinken; langfristig wird sich allerdings die Frage stellen, wie Bildung und Betreuung zukünftig überhaupt noch flächendeckend und hochwertig geleistet werden können – denn bei einem flächendeckenden Bildungs- und Betreuungsangebot werden bei abnehmender Kinderzahl finanzielle Mehrkosten je Kind/Schüler durch die steigenden Infrastrukturkosten entstehen (Kindergärten, Schulen, Jugendeinrichtungen).

Für die zukünftige Situation von Kindern und Jugendlichen ergeben sich unter anderem folgende Fragestellungen:

- Wie muss eine Bildungslandschaft gestaltet werden (sowohl öffentlich als auch betrieblich), um die erforderlichen Bildungsabschlüsse für alle Kinder und Jugendlichen zu garantieren und lebenslanges Lernen zu gewährleisten?
- Wie können bei der Erziehung der Kinder die Eltern, Kindergärten und Schulen enger zusammenwirken, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Eltern zu erleichtern und damit die Familien zu stärken?
- Wie wird sich Familienpolitik entwickeln?

Bereits heute hat die Jugendhilfe große Probleme zu bewältigen – auch ohne die Folgen des demographischen Wandels. Denn bei genauerer Betrachtung der Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen stellt man fest, dass viele von ihnen auf staatliche Unterstützung angewiesen sind: Ende 2001 bezogen fast 1 Million Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren Sozialhilfe. Damit machte diese Gruppe 37 % aller Sozialhilfeempfänger aus.⁸ Die Zahlen verdeutlichen, dass Kinderarmut ein großes Problem in unserer Gesellschaft ist. Besonders gefährdet sind Ein-Eltern-Familien und damit in der Hauptsache alleinerziehende Frauen und auch kinderreiche Familien. Und dass die soziale Situation unmittelbare Auswirkungen auf den Schulerfolg und damit die Bildungschancen von Kindern hat, ist durch die PISA-Studie eindeutig nachgewiesen worden.⁹

⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt: Datenreport 2002, S. 207.

⁹ Baumert, J. u. a. (Hrsg.): Pisa 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich Opladen 2001.
Die bildungspolitische Bedeutung der Familie – Folgerungen aus der PISA – Studie, Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen, Band 224, 2002.



Foto: BilderBox.com

„Nichts bleibt, wie es ist“ – das kann auch eine Chance sein

Auch die Betreuungssituation von Kindern und Jugendlichen ist in Deutschland nicht ausreichend. Trotz Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab 3 Jahren fehlen ganztägige und vor allem flexible Lösungen, wie erste Ergebnisse einer Studie zeigen.¹⁰

Diese Probleme würden durch die aktuellen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (z. B. die Auswirkungen von Hartz IV) vermutlich noch verschärft, führten zu „De-klassierungs- und Ausgrenzungsprozessen“ – und durch die überschuldeten kommunalen Haushalte würden die Anfragen der Politik bezüglich der „Notwendigkeit und Wirksamkeit der Leistungen“ der Jugendhilfe immer lauter, so Wolfgang Hinte.¹¹ Und dabei, so Hinte weiter, sei die Jugendhilfe „nicht sonderlich gut aufgestellt“.

¹⁰ Stöbe-Blossey, Sybille: Projekt „Bedarfsorientierte Kinderbetreuung – Potentiale für Nutzerorientierung und Angebotsgestaltung“ des Instituts für Arbeit und Technik, Gelsenkirchen 2004, vgl. www.iatg.de

Das heißt, die Jugendhilfe ist in einer schwierigen Gesamtsituation, der sie sich stellen muss. Sie muss dringend Ziele

festlegen und umsetzen. Es bleibt abzuwarten, wie die Umsetzung in den Kommunen gelingen wird.¹¹

¹¹ Hinte, Wolfgang: Jugendarbeit unter erschwerten Bedingungen, Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2004. Zu dieser Frage sagt Bielefelds Sozialdezernent Tim Kähler: „Hier gilt es jedoch auch zu berücksichtigen, dass mit dem SGB II ein neuer Rechtsanspruch auf Maßnahmen der Qualifizierung, Bildung und Eingliederung geschaffen wird. Es bleibt abzuwarten, wie die Umsetzung in den Kommunen gelingen wird.“

definieren „eine Qualitätsdebatte führen“ und deutlich machen, für wen sie eintritt, welchen Platz sie im „kommunalen Gesamtgefüge“ einnehmen will. Und sie sollte nicht ausschließlich auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren, sondern sich frühzeitig positionieren – zum Beispiel durch neue Ansätze wie Konzepte für eine „wirkungsorientierte Steuerung“ ihrer Ressourcen.¹² Hier werden vorab genaue Ziele festgelegt, und der Erfolg der Arbeit wird dadurch eher „messbar“.

Nur so kann sie ein anerkannter Gesprächspartner werden, der auf Grund seiner fachlich überzeugenden Argumente auch bei Haushaltsberatungen ernst genommen und gehört wird. Eine bloße „Abwehrstrategie“ führt in eine Sackgasse

Zukunft gestalten

Diese Aufforderung und Anforderung an die Jugendhilfe bzw. die Jugendhilfeplanung als das wesentliche planerische und gestaltende Instrument der Jugendhilfe gilt umso mehr, wenn es darum geht, sich mit den Folgen und Auswirkungen des demographischen Wandels zu befassen und eine Gesamtstrategie zu entwickeln. Langfristige Vorhersagen sind schwierig, gleichwohl darf sich Jugendhilfeplanung einer „Gesamtsicht auf die Zukunft“ nicht verschließen.

Diese Aufforderung und Anforderung an die Jugendhilfeplanung ist allerdings schwer umzusetzen: Denn nach KJHG § 80 Abs. 1 hat sie den Auftrag, mittelfristig zu planen und nicht auf „lange Sicht“ – und diese „langen generationenübergreifenden Zeiträume“ sind zentrales Element einer Planung, die sich mit den Folgen des demographischen Wandels befasst.¹³

In einem ersten 2001 gestarteten Modellprojekt¹⁴ wurde versucht, den „demographischen Faktor“ in die Jugendhilfeplanung einzubeziehen. In diesem Projekt geht es allerdings um den mittelfristigen Planungszeitraum von 2002 bis 2010, für den zukünftige strategische Aussagen getroffen werden sollen.

Es zeichnet sich ab, dass unter dem Aspekt „Berücksichtigung der Folgen des demographischen Wandels“ der gewählte Projektzeitraum von ca. 10 Jahren zu kurz angelegt ist, um Erkenntnisse im Hinblick auf eine langfristig angelegte kommunale Planung zu gewinnen. Wichtig ist jedoch die Intention des Modellversuchs: Auch Jugendhilfeplanung muss sich mit den Folgen des demographischen Wandels befassen.

Ziel des Modellprojektes war es, „Jugendhilfestrategien zu entwickeln“ – eine wichtige Zukunftsaufgabe. Für mich wäre die **entscheidende Strategie**, Konzepte und Strategien zu entwickeln, wie Jugendhilfeplanung ihre „mittelfristige Orientierung“ in langfristige Planungen einbringen kann.¹⁵ Und darüber nachzudenken, welchen Status sie zukünftig im gesamten kommunalen „Planungsgefüge“ einnimmt und sich in diesem Zusammenhang inhaltlich und fachpolitisch positioniert – unter dem Blickwinkel des demographischen Wandels geht es auch um ihre Rolle und Bedeutung in der zukünftigen Stadtpolitik. Denn eins ist klar: Im Hinblick auf die zu erwartenden finanziellen Belastungen, die zukünftig auf die Kommunen zukommen, müssen sich die dort Verantwortlichen zunächst auf die zentralen Fragen der Versorgung konzentrieren.

Langfristige Gesamtplanung in der Kommune heißt, Ziele zu definieren und Handlungsschwerpunkte zu entwickeln, die je nach Begebenheit unterschiedlich ausfallen können. Im Kompass – Projekt der Bertelsmann-Stiftung – sind z. B. folgende Schwerpunkte entwickelt worden:

1. Ein altengerechtes Wohnumfeld schaffen und selbstbestimmtes Wohnen fördern
2. Zukunftsorientierte Altenhilfestrukturen aufbauen
3. Eine familienfreundliche Kommune werden
4. Das Miteinander von Jung und Alt fördern
5. Die Integration von Migranten fördern
6. Die Kernstädte stärken und kommunale Infrastruktur erhalten
7. Dem Wettbewerb zwischen den Kommunen begegnen
8. Die Bürger am Umgang mit dem Demographischen Wandel beteiligen.¹⁶

An dieser Schwerpunktsetzung wird deutlich, dass Jugendhilfe sich in den einzelnen am Projekt beteiligten Kommunen bislang offenbar nicht als eigenes Handlungsfeld hat positionieren und durchsetzen können – wie sonst wäre zu erklären, dass es keinen eigenen Kinder und Jugendliche betreffenden Schwerpunkt gibt?¹⁷

Um für Kommunen erfolgreich zu sein und die „passenden“ Schwerpunkte zu entwickeln, werden kreative Planerinnen und Planer gebraucht, die innerhalb und außerhalb der Rathäuser konstruktiv mit Anderen zusammenarbeiten; nötig sind engagierte Bürgerinnen und Bürger – Jung¹⁸ und Alt –, die gemeinsam mit den städtischen Akteuren Ziele entwickeln; und dringend erforderlich sind Verantwortliche mit Weitsicht, ohne Ressort- und Pfründedenken, mit denen diese gemeinsamen übergreifenden Vorhaben weiterentwickelt und realisiert werden können. Und dann braucht „die Stadt“ Politikerinnen und Politiker, die mutige und weitreichende Entscheidungen treffen, die über kurzfristige Wahltermine

12 Vgl. „Steuerungsmöglichkeiten der Jugendhilfe im Kontext der demographischen Entwicklung in Deutschland“; Verein für Kommunalwissenschaften e. V. (Hrsg.)/Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe 41, Berlin 2003.

13 Vgl. hierzu auch Seite 1 und 2 dieses Artikels. Die aktuelle Jugendhilfeplanung sollte in den Kommunen natürlich trotzdem stattfinden. Zur Zeit gibt es unterschiedliche Planungsschwerpunkte wie „mädchengerechte Jugendhilfeplanung“ (vgl. Wallner, Claudia: Mädchengerechte Jugendhilfeplanung, Münster 1997) oder „Sozialraumorientierte Jugendhilfeplanung“ (vgl. Jordan, Erwin/Schöne, Reinhold: Handbuch Jugendhilfeplanung, Münster 2000).

14 Modellprojekt des Landesjugendamtes Westfalen-Lippe zum Thema „Jugendhilfestrategien 2010 – „Bevölkerungsentwicklung in Westfalen-Lippe bis 2010 und zukünftige Strategien der Jugendhilfe“; vgl. hierzu auch den 2. Zwischenbericht von November 2003; als Grundlage des Modellprojektes liegt vor eine Expertise der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (akj) von Mai 2000 zum Thema „Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs auf die Kinder- und Jugendhilfe bis zum Jahr 2010 in Westfalen-Lippe“ vor.

15 Dies sollte in Kooperation mit dem Jugendhilfeausschuss geschehen – denn dieses „Strategien entwickeln“ zieht möglicherweise weitreichende strukturelle Veränderungen der Jugendhilfe nach sich.

16 Vgl. Schmidt, Kerstin, Bertelsmann Stiftung, www.aktion2050.de

17 Der Schwerpunkt „Familienfreundliche Kommune“ deckt nur einen kleinen Teil des umfassenden Aufgabenspektrums der Kinder- und Jugendhilfe nach KJHG ab; vgl. auch Fußnote 16.

18 In Bielefeld hat die Autorin gemeinsam mit anderen Akteuren aus Jugendarbeit und Schule eine Zukunftswerkstatt für Jugendliche zum Thema „Wir wollen wir leben?“ durchgeführt. Die Ergebnisse sollten bei der Jugendhilfeplanung berücksichtigt werden. Die von den Jugendlichen entwickelten neun Projektideen (von einer Beratungsstelle für Jugendliche mit Liebeskummer bis zu verkehrsberuhigten Spielstraßen) sind im Jugendhilfeausschuss präsentiert worden; für die einzelnen Projektideen wurden dort „Paten und Patinnen“ gefunden, die die Jugendlichen bei der Umsetzung (mit Unterstützung der städtischen Fachkräfte) begleiten wollten. Die CD-Rom ist veröffentlicht unter: Stadt Bielefeld/Rainer Kronshage und Susanne Taje (Hrsg.) und kann angefordert werden bei der Stadt Bielefeld, Sozialdezernat, Niederwall 23, 33602 Bielefeld.

hinausgehen und sich somit nicht unbedingt in Wahlerfolgen „auszahlen“.

Die Jugendhilfeplanung sollte sich mit ihren spezifischen Kenntnissen und Kompetenzen in diesen Prozess einer „langfristigen kommunalen Gesamtplanung“ mit einbringen. Hierfür müsste sie allerdings ihren „Blickwinkel“ erweitern¹⁹ – aber: „Unser Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann ...“, sagt Francis Pica-

¹⁹ Bärbel Dieckmann, Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn, hat beim „Zukunftsgespräch“ der Staatskanzlei des Landes NRW am 23.06.04 in Düsseldorf in der Arbeitsgruppe „Kinder“ gefordert, sich bei der Diskussion zum Thema „Demographischer Wandel“ nicht ausschließlich auf die Frage der Kinderbetreuung zu beschränken, sondern auch weitere für Kinder und Jugendliche wichtige Themen wie Stadtplanung, Nahverkehr, Gesundheit etc. in den Blick zu nehmen und zu berücksichtigen.

bia. Das heißt für die Jugendhilfeplanung, sie nimmt die Perspektive einer „gesamtsstädtischen Planung“ ein und wird wichtiger Teil einer „Neubestimmung von Stadtentwicklung“, wie es im Übrigen bereits im § 80 Abs.4 SGB XIII vorgegeben ist. „Nichts bleibt wie es ist“ – das kann auch eine Chance sein.

Zur Autorin:

Susanne Tatje, Diplom-Soziologin
Projektleiterin „Demographische
Entwicklung“ bei der Stadt Bielefeld
Neues Rathaus
Niederwall 23
33602 Bielefeld
Tel.: (0521) 51 3306
E-Mail: susanne.tatje@bielefeld.de

Bisherige Tätigkeiten:

Forschungsprojekt an der Universität Bielefeld zur „Einphasigen Juristenausbildung“
Leiterin eines Modellprojektes des Landes NRW für arbeitslose Jugendliche bei einem Jugendverband
stellv. Leiterin eines städt. Jugendzentrums
Fachbereichsleiterin für Politik einer städt. Volkshochschule
Referatsleiterin im Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann des Landes NRW
Leiterin des Fachdienstes Jugend, Soziales und Wohnen der Stadt Bielefeld